

Amtsgericht Paderborn

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 02.04.2026, 10:00 Uhr,
II. Etage, Sitzungssaal 218, Am Bogen 2 - 4, 33098 Paderborn**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Schwaney, Blatt 338,
BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Schwaney, Flur 20, Flurstück 391, Gebäude- und Freifläche,
Am Küstergarten 2, Größe: 527 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten: Das im Ortsteil Schwaney, Gemeinde Altenbeken, Kreis Paderborn, belegene Grundstück ist bebaut mit einem teilunterkellertem Wohnhaus nebst Schuppenanbau sowie einem separat stehenden Garagengebäude. Das Gebäude ist bzw. war im Erd-Ober- und im Dachgeschoss wohnlich ausgebaut, befindet sich derzeit jedoch offensichtlich in einem Umbau, der begonnen, jedoch nicht fertiggestellt wurde. Der begonnene Umbau wurde mangels Baugenehmigung durch die Kreisbehörde stillgelegt. Das Baujahr des Gebäudes konnte nicht konkret festgestellt werden.

Es hat keine Innenbesichtigung stattgefunden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 06.05.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

89.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.